

zialen Bewegungen hergestellt hätten. Die Einbeziehung solcher Ansätze hätte es ermöglicht, die Aktivitäten der Frauenbewegung mit denen anderer sozialer Bewegungen derselben Zeit zu vergleichen. Auch erfährt man wenig über die Organisation der Frauenbewegung und die Herkunft ihrer Mitglieder – Aspekte, die für die Frage nach den Veränderungen, die durch diese Bewegung ausgelöst wurden, nicht unerheblich sind.

Bedauerlich ist zudem, dass die Autorinnen der Frage, wie Geschlechtervorstellungen im Alltag umgesetzt wurden oder wie sie unter Umständen an der Alltagsrealität scheiterten, in der vorliegenden Studie kaum Aufmerksamkeit schenken, da sie entschieden haben, dass „Frauen“, „Männer“ und „Geschlechterverhältnisse“ in der hier gebotenen Kürze Abstraktionen bleiben“ müssen (17). Die Geschlechterordnung zeige sich etwa daran, dass es „Männern immer noch undenkbar“ erscheine, „einen Geschirrspüler auszuräumen“ oder dass Frauen kaum einmal „einen Chefsessel ... in einem großen Wirtschaftsunternehmen“ einnehmen könnten (15). Derart pauschale Aussagen verstellen jedoch den Blick darauf, dass – gerade aufgrund der Aktivitäten der Frauenbewegung – in den letzten Jahrzehnten durchaus eine Dekonstruktion von Geschlechtervorstellungen erfolgt ist. Diese führte unter anderem dazu, dass der Anteil der Männer, die im Haushalt mithelfen, heute wesentlich größer ist als noch in den 1960er Jahren. Und auch Frauen in Führungsfunktionen sind heute, wenn auch bei weitem noch nicht die Regel, so doch zumindest anzutreffen.

*Christof Dejung, Universität Konstanz*

Karen Hagemann, Sonya Michel u. Gunilla Budde Hg., **Civil Society and Gender Justice. Historical and Comparative Perspectives** (European Civil Society; 4), New York/Oxford: Berghahn Books 2008, 324 S., EUR 57,99, ISBN 978-1-84545-437-1.

Kaum ein Forschungskonzept verschränkt einen soziologisch-historiographischen Analyserahmen mit einer politischen Utopie wie das der „Civil Society“ respektive „Zivilgesellschaft“. Das Konzept förderte, so lässt sich wohl ohne große Übertreibung behaupten, in den letzten beiden Jahrzehnten eine der einflussreichsten Forschungskonjunkturen zur Gesellschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Dies gilt für die deutsche Forschungslandschaft weniger ausgeprägt als für den anglo-amerikanischen Raum, da in Deutschland bis in die 1990er Jahre die an sozialen Klassen orientierte Bürgertumshistoriographie dominierte. Sie brachte – ohne ihre Verdienste schmälern zu wollen – einen im Großen und Ganzen sozial, ethnisch-religiös und geschlechtsspezifisch eingeschränkten Blick auf die Geschichte gesellschaftlicher Selbsttätigkeit, politischer Partizipation und der Grenzverschiebung zwischen öffentlich und privat hervor. Gleichzeitig erschwerte die besondere semantische Entwicklung des deutschen Begriffsfeldes „Bürger/Bürgertum/bürgerliche Gesellschaft“ transnationale Vergleiche. Mit Blick auf die westeuropäischen Länder führten Vergleiche einerseits oft in die Sackgasse der deutschen Sonderwegsthese. Andererseits ließen sie ost(mittel)europäische Gesell-

schaften als rückständig erscheinen, weil sich die Sozialformation des Bürgertums nicht eins zu eins wiederfinden ließ. Im Zuge des Forschungstrends der West- und Osteuropa vergleichenden Geschichtsschreibung schien das Konzept der Zivilgesellschaft einen Ausweg aus der Falle allzu normativer Vergleichsmaßstäbe zu bieten. Trotz – oder gerade wegen – seiner unzweifelhaften Ambivalenz und den inhärenten Paradoxien ist es historisierbar und semantisch offen zu formulieren. Es verdeutlicht sich wandelnde Exklusionsmechanismen, wie Klasse, Ethnie oder Geschlecht, und Grenzverschiebungen zwischen öffentlich und privat. Diese Herangehensweise ist 1998 mit der Gründung des Berliner *Zentrums für Vergleichende Geschichte Europas (ZVGE)* unter der Federführung Jürgen Kockas und einer Forschergruppe am Berliner *Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB)* sogar institutionalisiert worden. Umso überraschender ist es, dass die *Gender*-Perspektive bislang tatsächlich kaum systematisch in zivilgesellschaftliche Konzeptionen integriert worden ist.

Der vorliegende Sammelband, der auf einer 2004 am WZB veranstalteten Tagung basiert, beansprucht, dieses Defizit zu beseitigen. Die Herausgeberinnen leugnen dabei nicht die politisch-programmatischen Ambitionen, die der hier gewählte Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit (*gender justice*) nahe legt. Deren Stellung in Zivilgesellschaften wird in fünf thematischen Abschnitten behandelt, die zumeist zugleich die wichtigen Fragen des Verhältnisses von öffentlich und privat, von Familie beziehungsweise von Staat und Zivilgesellschaft beleuchten. Im ersten Abschnitt wählen Karen Hagemann und Regina Wecker einen eher methodisch-theoretischen Zugriff auf Zivilgesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit, der viele Aspekte der einzelnen Beiträge vorwegnimmt. Hagemann betont konzise und lesenswert mit Blick auf die neuere Forschung, dass das Konzept der Zivilgesellschaft historisiert und von allzu großem normativen Ballast befreit werden sollte. Neben der bereichslogischen Analyse seien vor allem Praktiken zu untersuchen. Gleichzeitig dekonstruiert sie die männliche Codierung des Öffentlichen und Privaten, die viele klassische und neue Theorien ebenso wie die davon inspirierten Studien prägen. Wecker sucht nach unterschiedlichen Gleichheitsvorstellungen, die zivilgesellschaftlichen Konzepten zugrunde liegen, um sich dem komplexen wie ambivalenten Begriff der Geschlechtergerechtigkeit zu nähern. Sie bezieht mit den Problemen Gleichheit/Differenz und Umverteilung/Anerkennung zentrale Dilemmata feministischer Theorie auf zivilgesellschaftliche Konzepte. Dabei kann sie zum einen verdeutlichen, dass Geschlecht nicht in binären Denkmustern aufgeht. Zum anderen unterstreicht sie, dass eine Zivilgesellschaft nur im Zusammenspiel mit einem starken Staat Geschlechtergerechtigkeit erreichen kann.

In der zweiten Sektion untersuchen Jane Rendall, Gisela Mettele und Karen Offen in konkreten historischen Handlungsräumen geschlechtsspezifische Aspekte zivilgesellschaftlicher Vorstellungen und Praktiken. Zu den aufschlussreichen Ergebnissen zählt besonders die Feststellung, dass die Zivilgesellschaft und die private Sphäre – und damit Frauen als Akteurinnen – im 18. und 19. Jahrhundert in Schottland, Deutschland und Frankreich viel stärker miteinander verwoben waren, als bisher angenommen wurde.

Der dritte Themenkomplex greift diese analytische Perspektive auf und rückt die Familie, die in vielen Konzeptionen als eine der Zivilgesellschaft vorgelagerte Sphäre begriffen wird, in den Mittelpunkt. Gunilla Budde, Margit Pernau und Paul A. Ginsborg korrigieren diesen pauschalen theoretischen Vorgriff zum Teil. Während Budde und Pernau für Deutschland und Indien im 19. Jahrhundert die Familie als Kern einer vitalen Zivilgesellschaft skizzieren, die den Wertehimmel der Akteure prägte und Handlungsressourcen eröffnete, zeichnet Ginsborg ein deutlich skeptischeres Bild für Europa und Nordamerika im 20. Jahrhundert. Er zeigt – wenn auch an einigen Stellen eher polemisch als analytisch –, dass neue Freizeitpraktiken, Medien und Konsum zivilgesellschaftliches Engagement verhindern können. Zwar betrachtet Budde mit „middle-class women“, wie auch Gisela Mettele und Sonya Michel in diesem Band, eine klassische Akteurinnengruppe, doch belegt ihr praxiszentrierter Zugriff, dass gleichwohl neue Erkenntnisse, wie hier über die Verschränkung der familiären mit der öffentlichen Sphäre, zu gewinnen sind. Pernaus Beitrag, der mit einer ähnlichen Perspektive zudem vorführt, dass sich das Konzept der Zivilgesellschaft weiterführend auf außereuropäische Gesellschaften anwenden lässt, zählt zu den anregendsten Aufsätzen dieses Bandes.

Die sehr gelungene vierte Sektion vereint verschiedene Phänomene politischen beziehungsweise politisierbaren Handelns, das sich jenseits staatlich-repräsentativer Institutionen vollzog. Manfred Gailus und Sonya O. Rose schauen in ihren lesenswerten Aufsätzen auf die Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns. Sie betrachten historische Proteste in Deutschland und England, um Geschlechtsspezifika von Widerstandsformen und inhärente Männlichkeitsentwürfe von Zivilität vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert aufzuzeigen. Beide fokussieren auf nicht-bürgerliche AkteurInnen und verdeutlichen die jeweiligen Exklusionswirkungen der dominierenden zivilgesellschaftlichen Normen und Praktiken. Belinda Davis erweitert diese Perspektive: Sie rückt subkulturelle Gruppen in den Mittelpunkt, die alternative, oft provokative Politik- und Kommunikationspraktiken in den 1960er und 1970er Jahren in der BRD verfolgten. Diese Strategien trugen erfolgreich dazu bei, zivilgesellschaftliche Kommunikations- und Handlungsräume gerade für Frauen zu erweitern und die Grenzen zwischen privat und öffentlich weiter zu verschieben. Kristen R. Ghodsee belegt, dass die Vorstellung, konkrete zivilgesellschaftliche Praktiken einfach auf sich transformierende Gesellschaften übertragen zu können, zum Scheitern verurteilt ist, wenn historische Prägungen außer Acht gelassen werden. In diesem Sinne kritisiert sie die Anhängerinnen des essentialistischen Feminismus, die nach 1989 als Vertreterinnen internationaler Organisationen Gleichstellungsprogramme in osteuropäischen Ländern etablieren wollten. Sie hätten ignoriert, dass die kommunistische Ideologie den osteuropäischen Frauen jahrzehntelang nicht spurlos vermittelt habe, Klasseninteressen über Geschlechterdifferenzen zu stellen.

Der fünfte Abschnitt nimmt die Grenzziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat in den Blick – zwei Sphären, die in vielen Konzepten in Hegel'scher Tradition voneinander geschieden werden. Das Verhältnis berührt Fragen nach den Exklusionskriterien politischer Partizipation. Sonya Michel eruiert mit wohlütigem Handeln ein

zentrales Paradoxon zivilgesellschaftlichen Engagements. Sie untersucht die Aktivitäten amerikanischer „middle-class women“ im 20. Jahrhundert, die Gesundheitsfürsorge und Wohltätigkeit seit dem 19. Jahrhundert als politische Plattform nutzten. In ihrem Handeln zeigte sich eine konstitutive Ambivalenz bürgerlicher Vorstellungen über Zivilgesellschaft, nämlich die der maternalistischen Bevormundung von Hilfsbedürftigen. Zugleich verloren die engagierten Akteurinnen jedoch mit wachsendem Einfluss des Wohlfahrtsstaates selbst an Teilhabe. Marylin Lake beobachtet am Beispiel Südafrikas, Nordamerikas und Australiens in einer transnationalen Perspektive, wie im langen 19. Jahrhundert in Einwanderungsländern Staatsbürgerschaftskonzepte mit den Kategorien ‚Rasse‘ und Geschlecht gerastert wurden. Das jeweilige Verständnis von Zivilgesellschaft basierte auf der kolonialen Herrschaft des weißen Mannes als Staatsbürger. Die weißen Bürger der Neuen Welt grenzten sich dabei jedoch nicht nur von der nativen Bevölkerung, sondern zugleich von den alten sozio-politischen Hierarchien des englischen Mutterlandes ab. Auch Birgit Sauer verwirft dezidiert eine Sichtweise, die die Zivilgesellschaft als „demokratisches Paradies“ (289) missversteht. Sie geht in Anlehnung an Antonio Gramsci davon aus, dass die Zivilgesellschaft als eine Arena, in der Konsens und hegemoniale Diskurse entstehen, ein Teil des Staates sei und keine von ihm separierte Sphäre. Als eine konflikthafte Zone ist die Zivilgesellschaft nicht per Definition frauenfreundlicher als staatliche Institutionen. Im Gegenteil überlassen neoliberale Restrukturierungen staatlicher Institutionen und politischer Entscheidungsprozesse dem Bürger wieder mehr Verantwortung für sich selbst. Zivilgesellschaftliche Organisationen, und hier nicht zuletzt solche, die die Gleichstellung fördern, werden wegen des Abbaus staatlicher Leistungen stärker in die Pflicht genommen, verlieren aber gleichzeitig staatliche Finanzierungen. Im Ergebnis müsste, so Sauer, eine Repolitisierung der Frauenfrage stehen, die den männlich dominierten Diskurs der Zivilgesellschaft zu neuen Kompromissen leitet.

Natürlich ist die Bestandsaufnahme der einzelnen Beiträge zugespitzt. Sie verdeutlicht jedoch, welches Potential das Konzept der Zivilgesellschaft als Bezugsrahmen einer vergleichenden Historiographie bietet, wenn es von spezifischen sozio-kulturellen Vorannahmen gelöst wird. Die kurzen Aufsätze laden auch denjenigen Leser zum Weiterlesen ein, der sich für eine konkrete Region oder eine bestimmte Fragestellung interessiert. Trotzdem ist dieser insgesamt sehr anregende Sammelband nicht vor dem Problem des qualitativen Gefälles zwischen den Beiträgen gefeit, das viele Aufsatzsammlungen trifft: Einige Aufsätze fügen sich produktiv in das Konzept der Herausgeberinnen ein, andere weniger. Die Thematisierung der Geschlechtsspezifität zivilgesellschaftlicher Vorstellungen und Praktiken umreißt erstmals in dieser Dichte ein weites Forschungsfeld. Die meisten AutorInnen verschränken die Perspektiven auf Zivilgesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit innovativ und differenziert; einige ziehen sich aber auf eher konventionelle geschlechtergeschichtliche Perspektiven zurück. Zugleich wird die Verräumlichung der Zivilgesellschaft, die sie in einigen Beiträgen als eine Art Container erscheinen lässt (zum Beispiel auf den Seiten 224, 269, 285), den die

AkteurInnen betreten können oder auch nicht, ihrer Prozesshaftigkeit nicht gerecht. Zivilgesellschaftliches Zusammenleben braucht die stetige Selbstvergewisserung der Werte und Regeln ebenso wie die regelmäßige Justierung der politischen und soziokulturellen Ex- und Inklusionsmechanismen.

Insgesamt zeigt der Band, dass der Blick auf AkteurInnen, Praktiken und Bedeutungszuschreibungen im Vordergrund stehen muss, um den Ambivalenzen und Paradoxien zivilgesellschaftlichen Zusammenlebens gerecht zu werden. Es wird oft übersehen, dass zivilgesellschaftliche Praktiken, wenn man sie historisch betrachtet, auf im Kern durch soziale Herkunft, Geschlecht, Religion und Ethnie hierarchisierten Vorstellungen beruhen. Daher zählt es zu den Verdiensten vieler Aufsätze, das jeweilige historische und länderspezifische Mischungsverhältnis zu verdeutlichen. Das Potential des Forschungskonzepts scheint noch nicht erschöpft, wenn es mit Blick auf die Grenzen, Ambivalenzen und Hindernisse zivilgesellschaftlichen Handelns dazu genutzt wird, eine europäisch oder – wie hier angedeutet – sogar eine global vergleichende Gesellschaftsgeschichte zu schreiben. Hierzu hat der Sammelband einen wichtigen Beitrag geleistet.

*Kirsten Bönker, Bielefeld*